



Ein Jahr der Solidarität

Seite 12

Inhalt

Öffnungszeiten & Kontakt

Seite 3

CSC-Delegation trifft DG-Regierung

Seite 4

Langzeitkranke: Neue Zahlen

Seite 5

„Die Gewerkschaft ist die fünfte Gewalt, die der Macht des Geldes entgegenwirkt“

Seite 6

Was ändert sich am 1. Januar 2024?

Seite 7

Meldungen

Seiten 8-9

Gewerkschaftsprämien 2023-2024

Seite 10

Was ist von der belgischen EU-Ratspräsidentschaft zu erwarten?

Seite 11

Meldungen

Seiten 12-15

Rückblick 2023

Seite 16

Meldungen

Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Jessica Halmes	Vera Hilt
Claudine Legros	Liliane Louges
Angela Mertens	Jochen Mettlen

Layout: Maryline Weynand

Druck:

Kliemo A.G.
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressedienst@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags,
jeweils von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

JURISTISCHE ERSTBERATUNG

Für jede Frage bezüglich Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...) kontaktieren Sie unsere juristische Erstberatung per Telefon oder Mail:

Montags bis donnerstags

8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 16 Uhr
Freitags 8.30 Uhr bis 12 Uhr
087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

JURISTISCHER BEISTAND

Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:

CSC Eupen

Sprechstunden: donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

Sprechstunden: dienstags auf Termin
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

OFFENE SPRECHSTUNDE

CSC Eupen

Montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

CSC-Delegation trifft DG-Regierung

„Schuhe bleiben leer“ für 3.000 Beschäftigte in der DG

Die Aktion ging weit über den eigentlichen Symbolcharakter hinaus. Mit leeren Schuhen hatte sich eine CSC-Delegation des nichtkommerziellen Sektors kurz vor Weihnachten auf den Weg zur DG-Regierung gemacht. Nach dem Treffen machte sich Ernüchterung breit. Nicht nur der Nikolaus hat die 3.000 Beschäftigten der Branche vergessen, auch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Wertschätzung sieht anders aus.

Das Rahmenabkommen des nichtkommerziellen Sektors (NKS) ist beim bisherigen Stand der Verhandlungen eine „kalte Dusche“ für die Beschäftigten der Branche. Verhandelt werden u.a. Lohnerhöhungen, zusätzliche Urlaubstage, Erhöhungen des 13. Monatsgehaltes, Erhöhungen der Betreuungsnormen und zusätzliche Einstellungen.

„Ende Mai fanden die ersten Verhandlungen mit der DG-Regierung statt, seitens der Gewerkschaften mit dem Bewusstsein, dass die finanziellen Möglichkeiten begrenzt sind. Das Angebot war dann doch eine kalte Dusche“, erklärt CNE-Gewerkschaftssekretärin Vera Hilt.

„Es war an der Zeit laut zu sagen, dass die NKS-MitarbeiterInnen es wert sind, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Deshalb sind wir bei der Regierung vorstellig geworden, denn der Nikolaus hatte den nichtkommerziel-

len Sektor wohl vergessen“, fügt CSCBIE-Gewerkschaftssekretärin Rebecca Peters hinzu.

Nur 50.000 (!) Euro für gesamten Sektor

Die Regierung stellt dem gesamten nichtkommerziellen Sektor lediglich 50.000 (!) Euro pro Jahr zur Verfügung. Das wären 16,7 Euro pro Person. „Die Regierung sagt, dass eventuell erst 2029 wieder mehr möglich wäre. Das ist nicht das, was wir unter Wertschätzung verstehen. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein“, so die Gewerkschafterinnen. Die CSC-Delegation forderte die DG-Regierung auf, nachzubessern und den Bedürfnissen der MitarbeiterInnen im nichtkommerziellen Sektor endlich Rechnung zu tragen.

Die Personalvertreter waren nach dem Treffen mit der DG-Regierung jedenfalls reichlich ernüchtert, da die Schuhe wohl erst einmal leer bleiben, zumindest bis zu den Gemeinschaftswahlen im kommenden Jahr.

„Wir bleiben am Ball“

„Laut Regierung bestünden keine finanziellen Spielräume und es wäre unverantwortbar, die Mittel jetzt zu erhöhen. Aber wir bleiben am Ball“, unterstreicht Vera Hilt. „Der Sektor kann nicht warten, es muss dringend etwas getan werden. Wir werden uns weiterhin immer wieder in Erinnerung rufen und auf uns aufmerksam machen. Wenn die jetzige Regierung keine Verantwortung übernimmt, dann eben die kommende...“



Eine CSC-Delegation des nichtkommerziellen Sektors traf kurz vor Weihnachten die DG-Regierung.

Langzeitkranke: Neue Zahlen

Ein Jahr nach der Reform der Wiedereingliederungspfade für Langzeitkranke hat CO-PREV, die Vereinigung der externen Dienste für Gefahrenverhütung und Schutz am Arbeitsplatz, Statistiken zu diesen Pfaden veröffentlicht. Die Zahlen heben hervor, dass die Politik der individuellen Wiedereingliederung wirkungslos bleiben wird, solange die Unternehmen nicht gegen krankmachende Arbeit vorgehen.

Die Entlassungsmaschine

Die Zahl der Wiedereingliederungspfade ist stark zurückgegangen. Vor der Reform waren es 10.000 pro Quartal, nach der Reform nur noch 2.000. Gleichzeitig steigt die Zahl der Kündigungsverfahren aufgrund höherer Gewalt aus medizinischen Gründen – also der fristlosen Kündigung – auf 6.000 pro Quartal.

Dies beweist, dass eines der Hauptziele der Reform erreicht wurde: die Bekämpfung des missbräuchlichen Rückgriffs auf Wiedereingliederungspfade. Die bestehende Wiedereingliederungsprozedur ist oft zu Unrecht eingeleitet worden, wie die CSC seit 2016 immer wieder feststellt und wie der Rechnungshof 2021 in einem verheerenden Bericht bestätigte.

Angestrebt wurde nicht die Wiedereinstellung des erkrankten Arbeitnehmers, sondern die Beendigung seines Arbeitsvertrages aufgrund medizinisch bedingter höherer Gewalt. Dies wird als „Entlassungsmaschine“ bezeichnet. Um diesem Problem entgegenzuwirken, wurde bei der Reform des letzten Jahres zwischen dem Verfahren zur Wiedereingliederung und dem Verfahren zur Beendigung eines Vertrages aufgrund höherer Gewalt aus medizinischen Gründen unterschieden. Die enorme Verschiebung der Zahl der Wiedereingliederungspfade hin zur Vertragsauflösung aufgrund medizinisch bedingter höherer Gewalt bestätigt einmal mehr, dass diese missbräuchliche Nutzung ein großes Problem darstellte.

Der starke Anstieg der Zahl von Vertragskündigungen aufgrund medizinisch bedingter höherer Gewalt ist jedoch sehr besorgniserregend und wirft Fragen über die Qualität der Arbeit, die Wirksamkeit der Präventionspolitik und die tatsächlichen Bemühungen und Möglichkeiten zur Wiedereingliederung auf. Da der Arbeitgeber im Falle einer Vertragsauflösung keine Abfindung zahlen muss und in der Praxis auch keine zusätzlichen Anstrengungen zur Wiedereinstellung des erkrankten Arbeitnehmers unter-

nehmen muss, ist der zunehmende Rückgriff auf diesen Prozess besorgniserregend.

Gesundheitsrisiken bekämpfen

Insgesamt trifft eine der wichtigsten Schlussfolgerungen des Rechnungshofes auch nach der Reform noch zu: Angesichts der derzeitigen Zahl von Langzeitkranken gelingen zu wenig formale Wiedereingliederungen. Die Zahlen zeigen deutlich, dass eine Politik, die sich ausschließlich auf die Wiedereingliederung des Arbeitnehmers konzentriert, das Problem der Langzeitkrankheit nicht löst. Solange sich Unternehmen nicht mit den beruflichen Ursachen von krankheitsbedingten Fehlzeiten befassen, wird die individuelle Wiedereingliederungspolitik nicht greifen. Um diese berufsbedingten Ursachen zu beheben, müssen in erster Linie gesundheitliche Risiken wie die Arbeitsbelastung und das Tragen schwerer Lasten sowie repetitive Handlungen bekämpft werden.



Solange krankmachende Arbeit nicht bekämpft wird, bringt die individuelle Wiedereingliederung nicht viel.



„Die Gewerkschaft ist die fünfte Gewalt, die der Macht des Geldes entgegenwirkt“

Marc Leemans (62) hat am 1. Januar 2024 die CSC-Präsidentschaft an Ann Vermorgen übergeben. Er bleibt jedoch weiterhin bei der CSC aktiv. Anlässlich seines Abschieds als Präsident beantwortete er Fragen von Militanten. Hier einige Auszüge.

Medien und Bürger sind der Ansicht, dass die Gewerkschaften zu schnell mit dem Streikknüppel drohen. Was halten Sie von dieser Kritik?

Die Medien werden als vierte Gewalt wahrgenommen. Ich betrachte die Gewerkschaft als fünfte Gewalt, die der Macht des Geldes entgegenwirkt. Die Medien sind auch ein Teil der Wirtschaft, der vom Kapital sowie von bestimmten Gruppen unterstützt wird. Diese Feststellung erklärt zum Teil die Kritik.

Die CSC setzt immer auf Konzertierung. Es liegt nicht in unseren Genen, mit der Faust auf den Tisch zu hauen. Ich bin mir jedoch auch bewusst, dass die größte Gesellschaftsgruppe - diejenige, die nicht viel Geld hat - oft keine andere Wahl hat, als auf die Straße zu gehen, um gehört zu werden. Wir sind nicht in der Lage, Politikern am Ende ihrer Karriere eine goldene Brücke in den einen oder anderen Aufsichtsrat zu bieten. Wir können nicht damit drohen, wichtige Investitionen abzuziehen. So einfach ist das. Das einzige Druckmittel, das gewöhnliche Bürger haben, ist die Niederlegung der Arbeit. Ein Streik bewirkt Störungen und Unruhen: Das muss er auch, denn sonst hat ein Streik keine Auswirkungen. Diejenigen, die mit diesen Störungen konfrontiert sind, beschweren sich darüber. Sie vergessen jedoch, dass diese Aktion eine Ursache hat, einen Auslöser. Früher oder später kann diese Ursache auch sie selbst betreffen.

Sollten die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit innerhalb der Gewerkschaften und ihre Möglichkeiten nicht stärker hervorgehoben werden?

Vielleicht sind wir auch selbst schuld, weil wir nicht ausreichend erklärt haben, was wir gemeinsam erreicht haben. Die Gewerkschaft muss weiterhin vor Augen führen, dass nichts selbstverständlich und leicht ist. Wir mussten Aktionen rund um die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung durchführen. Wenn Sie vorhaben, die Gewerkschaften abzuschaffen oder zu schwächen, kann ich Ihnen versichern, dass die Sozialversicherung gleich mit abgebaut und die Lohnindexierung abgeschafft wird. Die Bürger sind sich dessen sehr wohl bewusst. Allerdings habe ich den Eindruck, dass die Opposition mit dem Aufkommen des Neoliberalismus stärker wird.

Worauf sind Sie als Präsident besonders stolz?

Gewerkschaftsarbeit ist niemals nur die Arbeit des Präsidenten. Es ist die Arbeit eines ganzen Teams. Ich erinnere mich an etwas, auf das wir alle gemeinsam stolz sein können: die Angleichung des Statuts von Arbeitern und Angestellten. Um das zu erreichen, haben wir großen Druck auf die Arbeitgeber und die Politiker ausgeübt. Zugleich drängen wir weiterhin auf eine Steuerreform, auch wenn die Ergebnisse noch auf sich warten lassen. Starke Schultern sollten größere Lasten tragen. Wir haben dieses Thema auf die politische Agenda gesetzt und sind nicht bereit, es so bald wieder aufzugeben. Schließlich hatten wir bei den letzten Sozialwahlen die absolute Mehrheit, und zwar in allen Regionen des Landes. Darauf können alle bei der CSC stolz sein.



© Bart Dewaele

— // —
Die Gewerkschaft muss weiterhin aufzeigen, dass nichts selbstverständlich oder leicht ist.
—



Was ändert sich am 1. Januar 2024?

Am 1. Januar sind Änderungen in Kraft getreten, die Sie im Portemonnaie spüren werden. Hinzu kommen größere Anpassungen beim gesetzlichen Urlaub, eine spürbare Ausweitung des Flexijob-Systems, neue Maßnahmen für Langzeitkranke und geänderte Altersbedingungen für Zielgruppenermäßigungen.

Lohnindexierung für viele Arbeitnehmer

Ab 1. Januar werden die Löhne und Gehälter in 5 wichtigen Sektoren indexiert. Für etwa eine Million Arbeitnehmer werden die Löhne um etwa 1,5 bis 1,8 % steigen.

Am 1. Januar werden die Löhne in der Paritätischen Kommission (PK) 200 indexiert. Für ungefähr 500.000 Angestellte werden die Löhne dann um 1,48 % angepasst, um den gestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung zu tragen. Auch für die Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Lebensmittelindustrie und im Straßengüterverkehr sind Indexerhöhungen vorgesehen.

Das Planbüro rechnet für 2024 mit verschiedenen Indexierungen für andere Paritätische Kommissionen. Man schätzt die Indexierung folgendermaßen ein:

- Kfz-Werkstätten: 1,25 % am 1. Februar
- Metallsektor: 4,16 % am 1. Juli
- Baugewerbe und Holzverarbeitung: +0,45 % am 1. Januar, +1,24 % am 1. April, 1,71 % am 1. Juli und 0,65 % am 1. Oktober
- Papier- und Kartonverarbeitung: +1,05 %, 3,08 % am 1. Juli und 1,02 % am 1. Dezember
- Bekleidung und Konfektion: 1,88 % am 1. April und 2,09 % am 1. Oktober

Höhere Leistungen für Rentner und Kranke

Ab 1. Januar 2024 werden die Leistungen erhöht für:

- Rentner: einschließlich Mindestrenten und Urlaubsgeld (im Mai)
- Kranke, Invaliden und Opfer von Berufskrankheiten oder Arbeitsunfällen

Die Erhöhungen sind zum Teil auf den anhaltenden Druck der CSC zurückzuführen, die Sozialleistungen über den Index hinaus anzuheben. Diese Leistungen wurden bereits am 1. November aufgrund der automatischen Indexierung um 2 % erhöht, so dass sie am 1. Januar erneut steigen werden.

Krankheit während des Urlaubs und Resturlaubs

Sie sind während Ihres Urlaubs krank? Ab jetzt können Sie die gesetzlichen Urlaubstage nachholen. Wenn Sie während Ihres Urlaubs krank werden, können Sie sich krank melden. Ihr gesetzlicher Urlaub wird dann für die Dauer des Krankheitsurlaubs gestrichen, so dass Sie ihn zu einem späteren Zeitpunkt nehmen können.

Sie können Ihren Urlaub wegen Arbeitsunfähigkeit, eines (Arbeits-)Unfalls, einer Berufskrankheit, Mutterschaftsurlaub, Vaterschaftsurlaub, Geburtsurlaub oder Adoptionsurlaub nicht fristgerecht nehmen? In dem Fall können Sie ab 2024 nicht genommene gesetzliche Urlaubstage bis zu 2 Jahre nach dem Urlaubsjahr übertragen. **Mehr Infos unter www.dieccsc.be/urlaub.**

Ausweitung der Flexijobs auf neue Sektoren und restriktive Maßnahmen

Ab dem 1. Januar wird das Flexijob-System erheblich ausgeweitet, und zwar auf 14 neue Sektoren, darunter Kinderbetreuung, Bildung, Sport und Kultur im öffentlichen Sektor, Landwirtschaft und Gartenbau usw. Zugleich wird

es restriktive Maßnahmen geben. So muss der Lohn für einen Flexijob dem Mindestlohn in dem betreffenden Sektor entsprechen. Die CSC steht dem kritisch gegenüber und wird als Sozialpartner diese Ausweitung und Maßnahmen genau prüfen.

Pflichten für Langzeitkranke

Für Langzeitkranke gelten ab 2024 zusätzliche Pflichten, darunter:

- Nach 4, 7 oder 11 Monaten Krankheit: Pflichtbesuch bei einem Vertrauensarzt oder der Krankenkasse.
- Nach 11 Monaten: Pflichtbesuch beim Vertrauensarzt.
- Nach 12 Monaten Krankheit: Sie sind offiziell arbeitsunfähig und haben einen Pflichttermin bei der Krankenkasse.
- Nach 5 Jahren Invalidität: Pflichttermin bei Ihrer Krankenkasse.

Sie waren lange Zeit krank und wollen wieder arbeiten? Die CSC hilft Ihnen dabei. Prüfen Sie alle Informationen unter www.diecsc.be/wiedereingliederung.

Veränderte Altersbedingungen für die Zielgruppenermäßigung

Die Altersbedingungen für die Zielgruppenermäßigung für ältere Arbeitnehmer werden schrittweise angehoben. Ab dem 1. Januar erhält ein Arbeitgeber nur dann einen Zuschuss, wenn er einen 61- bzw. 62-jährigen Arbeitnehmer einstellt.

Andere Maßnahmen

Außerdem gibt es eine Reihe von Maßnahmen mit potenziellen finanziellen Auswirkungen, wie z. B.:

- Teurerer Strom durch die Erhöhung der Netztarife. Das werden wir ab 2025 spüren.
- Indexierte Mieten für schlecht gedämmte Wohnungen werden ab dem 1. Januar 2024 wieder zugelassen. Vielen Mietern droht also ein Anstieg der Miete.
- Änderungen bei den Sozialmieten: Einige werden mehr zahlen, andere weniger.

Endlich gute Nachrichten für Deliveroo-Kuriere

Es gibt eine gute und eine schlechte Nachricht für „Plattformarbeiter“.

Europäische Richtlinie nicht angenommen

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat die vorläufige Einigung vom 13. Dezember 2023 über die Plattformrichtlinie der Europäischen Union nicht gebilligt.

Die belgische Präsidentschaft muss also die Arbeit zu Ende bringen. Wir hoffen, dass die europäischen Institutionen die Richtlinie schnell fertigstellen und dass der Text möglichst mit der vorläufigen Einigung von Dezember übereinstimmt, die bereits ein Kompromiss und alles andere als ideal für die Plattformarbeiter war. Wir bedauern, dass einige Mitgliedsstaaten offensichtlich der Lobbyarbeit bestimmter Plattformen nachgegeben haben.

Deliveroo-Urteil

Das Brüsseler Arbeitsgericht fällt ein Urteil im Deliveroo-Fall. Hier die wichtigsten Punkte:

- Die Plattform erfüllt nicht die rechtlichen Voraussetzungen, um das System der Sharing Economy (P2P, De Croo-Gesetz) auf ihre Kuriere anzuwenden. Dieser Punkt bestätigt das Urteil von Ende 2021.
- In Anbetracht der für den Transportsektor geltenden Vermutung, die von der Plattform nicht widerlegt wird, müssen die Kuriere von Deliveroo als Lohnempfänger gemeldet werden. Die Plattform muss Sozialbeiträge zahlen, wodurch die Kuriere Zugang zu sozialen Rechten erhalten. Auch die Arbeitsgesetze und kollektiven Arbeitsabkommen des Sektors 140.03 gelten für sie. Das Urteil aus dem Jahr 2021 wurde somit in diesem Punkt revidiert.



©stock-adobe.com

United Freelancers begrüßt dieses Urteil. Es wird den Kurieren gerecht. Von nun an können sie die sozialen und Arbeitsrechte einfordern, die für alle anderen Arbeitnehmer gelten: in erster Linie einen korrekten Lohn, aber auch das Recht auf bezahlten Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, gesetzliche Absicherung bei Arbeitsunfällen, kollektive Verhandlungen usw.

United Freelancers, die CSC und „La Maison des Livreurs“ führen zusammen mit dem Kurierkollektiv und den Kurieren der Plattform seit 7 Jahren Aktionen auf allen Ebenen (gerichtlich, national, europäisch) durch. Wir begrüßen die Entscheidung des Auditorats, zu der wir beigetragen haben. Wir wissen, dass dies nicht das Ende ist. Die beteiligten Plattformen werden möglicherweise nach anderen Auswegen suchen. Wir werden jedoch so lange weitermachen, bis alle Arbeitnehmer das Recht haben, das ihnen zusteht.

www.unitedfreelancers.be

Gewerkschaftsprämien 2023-2024

Sektor / Betriebe	Betrag	Auszahlung	Referenzjahr + Mitgliedschaft	Bedingungen / Bemerkungen
CSC METEA				
Metall Metallbetriebe, Kfz-Werkstätten, Elektrobetriebe, Metallhandel	140 Euro	Ab November	CSC-Mitglied und beitragsmäßig in Ordnung sein	Alle Mitglieder von METEA erhalten die Prämie, auch Grenzgänger nach Deutschland oder Luxemburg. Pro-rata-Zahlung bei Krankheit, Teilzeitarbeit, usw.
Textil PK 110 Wäschereien	145 Euro	Ab Oktober	Im Betrieb und CSC-Mitglied seit 30.06.	Formulare werden ab Ende August zugesandt.
Textilindustrie PK 120.01	145 Euro	Ab Dezember	Januar - Dezember (pro rata falls weniger Monate)	
Konfektion PK 109	145 Euro	Ab Dezember	Im Betrieb und CSC-Mitglied seit 30.06.	
CSC NAHRUNG & DIENSTE				
Hotel- & Gaststätten-gewerbe	145 Euro	Ab April	01.10. - 30.09. Mitglied seit 01.01.	Der Sozialfonds schickt das Formular ab dem 22.03. - ausgefüllt bei der CSC abgeben.
Lebensmittelhandel Blumenbinderei, Metzgerei, Getränkelager,...	145 Euro	Ab April	01.10. - 30.09. Prämie im Verhältnis zur Mitgliedschaft	Der Sozialfonds schickt das Formular ab dem 22.03. - ausgefüllt bei der CSC abgeben. Automatische Zahlung.
Bäckerei - Konditorei	145 Euro	Ab April	01.07. - 30.06. Prämie im Verhältnis zur Mitgliedschaft u. Beschäftigung	Der Sozialfonds schickt das Formular den Arbeitnehmern, die nicht automatisch bezahlt werden, ab Ende März - ausgefüllt bei der CSC abgeben.
Nahrungsmittel-industrie	145 Euro	Ab November	01.04. - 31.03. Prämie im Verhältnis zur Mitgliedschaft	Der Sozialfonds schickt das Formular den Arbeitnehmern, die nicht automatisch bezahlt werden, ab Ende Oktober - ausgefüllt bei der CSC abgeben.
Reinigungssektor	145 Euro	Ab Dezember mit Jahresend-prämie	01.07. - 30.06. 1/12 pro Monat Mitgliedschaft	Der Sozialfonds schickt das Formular. Formular ausgefüllt bei der CSC abgeben.
Landwirtschaftliche Unternehmen	145 Euro	Ab November	01.07. - 30.06.	Der Sozialfonds schickt das Formular. Formular ausgefüllt bei der CSC abgeben.
Technische Landwirtschafts- und Gartenbau-arbeiter	145 Euro	Ab Dezember	01.07. - 30.06.	Wird getrennt durch das Nationalsekretariat ausgezahlt. Untrennbar, wenn Jahresendprämie.
Park- & Gartengestaltung	145 Euro	Ab Dezember	01.07. - 30.06.	Der Sozialfonds schickt das Formular den Arbeitnehmern Anfang Dezember. Formular ausgefüllt bei der CSC abgeben.
Recyclingbetriebe	145 Euro	Ab November	01.07. - 30.06.	Der Sozialfonds schickt das Formular den Arbeitnehmern im November. Formular ausgefüllt bei der CSC abgeben.
Subsidiertes freies Unterrichtswesen	90 Euro	Zwischen 01.02. & 31.05.	01.01. - 31.12.	Wird vor dem 01.02. durch den Arbeitgeber ausgehändigt.
Dienstleistungsschecks	145 Euro	Ab November	01.07. - 30.06.	Während der Referenzperiode mind. 65 gearbeitete oder gleichgestellte Tage.
CSC TRANSCOM				
Transport PK 140.03	145 Euro	Ab Erhalt des Zahlungsdokuments	01.07.- 30.06. Mitglied sein in der Referenzperiode	Ende November schickt der Sozialfonds das Zahlungsformular. Vollständig ausgefüllt bei der CSC abgeben.
Brennstoffhandel	145 Euro	Ab Erhalt des Zahlungsdokuments	Zum Zeitpunkt der Zahlung Mitglied bei der CSC sein. Seit mindestens 12 Monaten ununterbrochen in einer Gewerkschaft sein.	
Umzugsunternehmen	145 Euro	Ab Erhalt des Zahlungsdokuments	Zum Zeitpunkt der Zahlung Mitglied bei der CSC sein. Seit mindestens 12 Monaten ununterbrochen in einer Gewerkschaft sein. Am 30.09.22 im Sektor beschäftigt sein.	
Taxis	145 Euro	Ab Erhalt des Zahlungsdokuments	Zum Zeitpunkt der Zahlung Mitglied bei der CSC sein. Seit mindestens 12 Monaten ununterbrochen in einer Gewerkschaft sein. Zwischen 01.04.22 und 30.06.22 im Sektor beschäftigt sein.	

CSC BAU-INDUSTRIE & ENERGIE

Chemie	Max. 110 Euro + 35 Euro Festbetrag = 145 Euro	Prämie: 01.04. Festbetrag: 01.10.	01.01.- 31.12.	Alle Arbeiter des Chemiesektors erhalten zusätzlich zu der Prämie von 110 Euro im Oktober eine 2. Prämie in Höhe von 35 Euro.
Frisöre (Arbeiter & Angestellte)	145 Euro*	Ab Dezember	01.07.- 30.06.	Formular im Dezember * je nach Anz. gearbeiteter Trimester in der Referenzperiode 36,25 Euro / Trimester
Graphische Betriebe	132 Euro	Ab Januar	01.10.- 30.09.	Der Arbeitgeber händigt das Formular im Laufe des 4. Trimesters aus, welches bei der CSC abgegeben werden muss.
Beschützende Werkstätten	78 Euro 39 Euro Früh-pensionierte	Ab Mitte Dezember	01.01.- 31.12.	Der Arbeitgeber händigt das Formular im Dezember aus. Die Frühpensionierten erhalten es direkt durch den Fonds.
Möbelindustrie	145 Euro		01.07.- 30.06.	Im Betrag der Endjahresprämie einbegriffen.

CNE - ANGESTELLTENGEWERKSCHAFT

Sektor / Betriebe	Betrag	Auszahlung	Referenzjahr + Mitgliedschaft	Bedingungen / Bemerkungen
PK 202 Handel-, Filialbetriebe / Nahrungsmittel	145 Euro 72,5 Euro Teilzeit	15.06 - 30.09	laufendes Jahr	Formulare vom Arbeitgeber. Am 15.06. noch unter Vertrag sein. Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 207 Chemie	145 Euro	Ab März	Vorjahr	Gewerkschaftsmitglied sein und am 1.10. des Vorjahres im Sektor beschäftigt sein.
PK 209 Metall	115 Euro	01.04. - 15.07.	Ab 1.10. Vorjahr	Mindestens 1 Monat gearbeitet haben, seit Oktober Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 220 Lebensmittelindustrie	145 Euro	Ab November	Vorjahr	Betrag errechnet durch den Sektor. Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 224 Nicht-Eisensektor	120 Euro	Ab April	laufendes Jahr	Arbeitgeber verteilt die Formulare. Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 226 Spedition, Transport	145 Euro	Ab März	laufendes Jahr	1 Tag im Sektor gearbeitet haben, Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 330 Private Krankenhäuser	110 Euro Vollzeit 55 Euro Teilzeit	03.07. - 30.09.	Seit dem 1.10. Vorjahr	1 Monat im Sektor gearbeitet haben, Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 330 - Private Alten- und Pflegeheime DG	90 Euro Vollzeit 45 Euro Teilzeit	03.07. - 30.09.	Seit dem 1.10. Vorjahr	1 Monat im Sektor gearbeitet haben, Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 311 Fachhandel (keine Lebensmittel)	145 Euro Vollzeit 72,5 Euro Teilzeit	15.05. - 31.10.	laufendes Jahr	Arbeitgeber verteilt die Formulare. Am 15.06. noch unter Vertrag sein. Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 312 Großwarenhäuser	145 Euro Vollzeit 72,5 Euro Teilzeit	15.05. - 31.10.	Vorjahr	Arbeitgeber verteilt die Formulare. Am 15.06. des Vorjahres noch unter Vertrag sein. Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 319.02 Behindertentagesstätten und -heime in der DG	78 Euro Vollzeit 39 Euro Teilzeit	Ab Februar	Vorjahr	Im Referenzjahr beschäftigt sein, Mitglied sein.
PK 332 Sozial- und Gesundheitsbereich	78,34 Euro Vollzeit 39 Euro Teilzeit	Ab Mai	Vorjahr	Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 306.00 Versicherungsunternehmen	40 Euro	September bis November	Vorjahr	2021 im Sektor beschäftigt gewesen sein.
PK 318.00 Familien- und Seniorenhilfsdienst	145 Euro 115 Euro Teilzeit	Ab April	Vorjahr	Berechnung proportional zum Beschäftigungszeitraum.
PK 214 Textil	145 Euro	01.02.	laufendes Jahr	Am 30. Juni im Sektor beschäftigt sein und Beiträge zahlen.

WEITERE INFOS:

CSC Metea: 087 85 99 46

CSC Nahrung & Dienste: 087 85 99 76

CSCBIE: 087 85 99 66

CSC TRANSCOM: 078 15 15 16

CNE: 087 85 99 26

Was ist von der belgischen EU-Ratspräsidentschaft zu erwarten?

Die CSC hofft, dass das soziale Europa während der belgischen EU-Ratspräsidentschaft Fortschritte erzielen kann.

Die EU-Ratspräsidentschaft wechselt alle sechs Monate. Für die erste Hälfte des Jahres 2024 wird Belgien die Nachfolge Spaniens antreten. Dies ist eine ganz besondere Zeit, da sich die Politiker im Vorfeld der verschiedenen Wahlen im Jahr 2024 im Wahlkampfmodus befinden. Sie werden alle europäischen Veranstaltungen nutzen, um sich zu profilieren.

Im Vorfeld der Europawahlen geht auch die Europäische Kommission ihrem Ende entgegen. Nach Spanien wird Belgien gezwungen sein, mit der nächsten Präsidentschaft zusammenzuarbeiten, die keine andere als die von Viktor Orbáns Ungarn sein wird. Und das in einer Zeit, in der zwei schreckliche Kriege in der Nähe der Europäischen Union toben: in der Ukraine und im Gazastreifen. Sie vergrößern noch die anderen Katastrophen, die die Welt verwüsten und immer mehr Menschen ins Exil treiben, zum (kleinen) Teil in die EU. Die belgische Regierung will vor allem die belgische Ratspräsidentschaft nutzen, um einen zu großen Zustrom von Flüchtlingen nach Belgien zu vermeiden.

Gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) hofft die CSC, dass das soziale Europa während der belgischen Ratspräsidentschaft Fortschritte machen kann, zumindest um die Voraussetzungen für Meilensteine während der nächsten europäischen Legislaturperiode zu schaffen.

Zwei wichtige Gipfeltreffen

Besonderes Augenmerk wird die CSC auf zwei wichtige europäische Gipfeltreffen richten. Ende Januar werden die



Die CSC und der Europäische Gewerkschaftsbund werden diese Präsidentschaft aufmerksam verfolgen.

— // —
Die bevorstehenden Europawahlen werden den belgischen EU-Ratsvorsitz zu einer ganz besonderen Zeit machen.

Sozialpartner in Val Duchesse auf einem Gipfeltreffen über den europäischen Sozialdialog beraten. Das Ergebnis wird jedoch bereits durch die Tatsache getrübt, dass die europäischen Arbeitgeber kein Mandat erhalten haben, eine wegweisende Vereinbarung über Homeoffice zu unterzeichnen.

Im April steht in La Hulpe ein weiterer wichtiger Gipfel zur Weiterentwicklung des europäischen sozialen Pfeilers auf dem Programm. Dieser Pfeiler wurde vor sieben Jahren auf einem EU-Gipfel in Göteborg angekündigt. Viel Lärm um nichts, glaubten die Skeptiker und Zyniker der damaligen Zeit. Sieben Jahre später gibt es jedoch europäische Leitlinien für den Zugang zum Sozialschutz für atypische Arbeitsverhältnisse und Selbstständige sowie für die Einführung eines Mindesteinkommens in allen Ländern.

Wir haben auch europäische Richtlinien über einen europäischen Mindestlohn, über die Förderung der kollektiven Konzertierung, über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, über Lohntransparenz zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und über berechenbarere Arbeitsbedingungen. Leitlinien zur Sorgfaltspflicht multinationaler Unternehmen und zu den Rechten von Beschäftigten auf digitalen Plattformen werden vorbereitet. All diese Texte müssen durch Gesetze und kollektive Arbeitsabkommen auf belgischer Ebene umgesetzt werden.

Belgische EU-Ratspräsidentschaft

Vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2024 hat Belgien den EU-Ratsvorsitz inne. Der Rat, der sich aus den zuständigen Ministern der 27 Mitgliedstaaten zusammensetzt, gibt der EU Leitlinien vor und gibt dem Gesetzgebungsverfahren Impulse. Jeder Mitgliedstaat übernimmt den Vorsitz abwechselnd für einen Zeitraum von sechs Monaten. Während seines Ratsvorsitzes wird Belgien als neutraler Vermittler fungieren, um die Gesetzgebungsarbeit zu leiten und Kompromisse zwischen den EU-Mitgliedstaaten in Bereichen wie Klimawandel, Wirtschaftswachstum und sozialer Zusammenhalt zu suchen.



Solidaritätsbekundung für Diebels-Mitarbeiter

In Leuven fand eine Kundgebung zur Unterstützung der Arbeiter der deutschen Diebels-Brauerei statt, die Teil des multinationalen Brauereikonzerns AB InBev ist.

Angesichts der Entscheidung von AB InBev, seine Produktionsanlage im deutschen Diebels zu schließen, demonstrierten die Gewerkschaften von AB InBev in Leuven, um ihre Arbeitsplätze zu verteidigen und gegen die von der Konzernleitung verfolgte ständige Maximierung der Gewinne auf Kosten der Arbeitnehmerrechte und der Investitionen in die historischen Marken.

Trotz äußerst positiver Finanzaussichten streicht AB InBev weiterhin Arbeitsplätze in ganz Europa. „AB InBev führt ständig strategische Überlegungen, um produktiver und profitabler zu werden“, erklärt CSC-Regionalsekretär Marc Delvenne. „Um diese Ziele zu erreichen, wird ein Werk geschlossen und die Produktion an einem anderen Standort zusammengelegt. Niemand ist davor gefeit.“

Mit dieser Kundgebung machten die anwesenden Delegationen, darunter auch die Delegation der deutschen Arbeitnehmer, ihre Forderungen deutlich: Erhalt der Diebels-Brauerei, Ende des Stellenabbaus in Europa, mehr Investitionen in die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer sowie die Achtung ihrer Rechte. Außerdem forderten sie die Anerkennung der zentralen Rolle des europäischen Betriebsrates.

Die CSC Bau - Industrie & Energie (CSCBIE) sucht eine/n:

Mitarbeiter/in für die juristische Erstberatung - Vollzeit

Sie empfangen und beraten unsere Mitglieder und bearbeiten deren arbeitsrechtlichen Beschwerden.

Neben einer lösungsorientierten Denkweise und Einstellung verfügen Sie über die notwendigen Fachkenntnisse (Gesetze und Prozeduren) und zeichnen sich durch Ihre Zweisprachigkeit Deutsch-Französisch aus.

Wir bieten eine herausfordernde Tätigkeit in einem leistungsstarken Lernumfeld, eine attraktive Entlohnung sowie außergesetzliche Vorteile. Hauptarbeitsort ist Verviers.

Vollständige Anzeige



Interessiert?

Kontaktieren Sie Salvador Alonso Merino (Salvador.AlonsoMerino@acv-csc.be) für mehr Infos. Senden Sie Ihre Bewerbung (Lebenslauf und Motivationsschreiben) bis zum 22.01.2024 an BIE.select@acv-csc.be.

©stock-ado.be.com



Indexierung der Mitgliedsbeiträge

Die CSC-Beiträge werden ab dem 1. Januar 2024 indiziert. Diese Anpassung ist notwendig, damit die CSC weiterhin Ihre Interessen vertreten kann: gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne und die Beibehaltung des Indexes, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Berufs- und Privatleben sowie bessere Renten und Zulagen. Darüber hinaus wird die CSC auch weiterhin in ihre Dienstleistungen investieren, u.a. in einen digitalen Schalter über www.diecsc.be, eine individuelle Karrierebegleitung, eine maßgeschneiderte Beratung und einen juristischen Beistand.

Einen Überblick über Beiträge und Vorteile Ihrer Mitgliedschaft finden Sie hier:

www.diecsc.be/mitgliedschaft



Ein Jahr der Solidarität

Auch unser Rückblick auf die zweite Hälfte des vergangenen Jahres lässt erkennen, wie gefährdet die heutigen Arbeitsplätze und die Rechte von Arbeitnehmern, Frauen, Kranken und Arbeitslosen in unserer technisch so fortgeschrittenen Zeit sind. Diesen Bedrohungen haben wir nur eines entgegensetzen: unseren Zusammenhalt und damit den gemeinsamen Kampf, damit alle Bevölkerungsgruppen in jeder Lebenslage über die Runden kommen und menschenwürdig leben können.

JULI-AUGUST

Kabelwerk Eupen: Knapp zwei Jahre nach der Flutkatastrophe erreicht das Kabelwerk eine Produktionskapazität von 85 %. Die Produktion läuft fast wieder auf Hochtouren. Aufgrund gut gefüllter Auftragsbücher blickt das Kabelwerk zuversichtlich in die Zukunft. Infolge der zunehmenden Elektromobilität und des Ausbaus erneuerbarer Energien ist die Nachfrage nach Kabel, dem Hauptprodukt des Kabelwerkes, sehr hoch.

Mehr Urlaubstage gefordert: Mehrere Organisationen, darunter die CSC, fordern fünf zusätzliche bezahlte Urlaubstage. Mit einem gesetzlichen Minimum von 20 Tagen Jahresurlaub hinkt Belgien in Europa hinterher: In Spanien gibt es 30, in Luxemburg 26, in Frankreich 25, in Deutschland 24 Urlaubstage.

Spedition Essers wegen Sozialdumping verurteilt: Acht Jahre hat der rumänische Lkw-Fahrer Stefan Popescu für einen gerechten Lohn gekämpft. Das Transportunternehmen Essers aus Genk wurde wegen Sozialdumping verurteilt und muss Popescu einen belgischen Lohn zahlen. Nach der Verurteilung der Jost-Gruppe stellt dieser Sieg einen juristischen Durchbruch im Kampf gegen Sozialdumping und Sozialbetrug dar.

Liberty Steel: Kassationshof erhört Arbeitnehmer. Nach drei Jahren der Unruhe und Ungewissheit kann die Belegschaft endlich aufatmen. Das Urteil des Berufungsgerichts wendet den Konkurs ab. Die CSC hatte das Übernahmeangebot von Liberty-Galati von Anfang an unterstützt, denn es war das einzige, das ausnahmslos und bedingungslos die Übernahme aller Standorte (Flémalle und Tilleur) sowie aller Arbeitnehmer anbot.

Internationaler Tag gegen Kinderarbeit: Die Aktion der CSC Nahrung & Dienste anlässlich des Internationalen Tages gegen Kinderarbeit wollte die breite Öffentlichkeit für einen verantwortungsvollen Schokoladenkonsum sensibilisieren und auf das Problem der Kinderarbeit aufmerksam machen.

SEPTEMBER

Streikposten vor Delhaize in Verviers: Die MitarbeiterInnen des Delhaize in Verviers-Gérardchamps protestierten gegen die „Franchisierung“ ihres Supermarktes. Es wurde zwar ein Franchisenehmer gefunden, aber es fehlen ihnen die Garantien über die Übergangsphase hinaus. Sie verlangen, dass ihre Paritätische Kommission beibehalten wird.

Knapp zwei Jahre nach der Flutkatastrophe erreicht das Kabelwerk eine Produktionskapazität von 85 %.





©Kabinett Klinkenberg

Im Rahmen der Woche der Lehrkräfte überreichte die CSC Unterrichts DG-Unterrichtministerin Lydia Klinkenberg zehn Schlüsselforderungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes für Erziehung.

Besserer Arbeitnehmerschutz vor Asbest: Die Asbestrichtlinie von 2009 wird aktualisiert. Bis spätestens 2030 muss der Expositionswert für Asbest 50-mal niedriger sein als der derzeitige Grenzwert. Vorgesehen sind auch eine neue Messmethode, zusätzliche Schutzmaßnahmen und eine zusätzliche Ausbildung für Arbeitnehmer, die Asbest entfernen.

Langzeitkranke im Visier der Regierung: Während die „Jagd“ auf Arbeitslose nach der Pandemie wieder aufgenommen wurde, hat die Föderalregierung ein neues Opfer ins Visier genommen: die Langzeitkranken. Die Regierung verabschiedet Gesetze, damit kranke Arbeitnehmer so schnell wie möglich wieder arbeiten gehen. Sie hinterfragt aber nicht die Gründe für ihre Krankheit und für den rasanten Anstieg der Anzahl Langzeitkranker.

Lebensmittelhandel: Die Arbeitnehmer des Lebensmittelhandels versammelten sich am 14. September vor dem FÖD Beschäftigung in Brüssel. Dazu aufgerufen hatten die CSC Nahrung & Dienste, die FGTB und die CGSLB. Sie wollten ein starkes Signal an die Arbeitgeber senden, die sich seit vier Monaten taub stellen, was Demonstrations- und Streikfreiheit, Sozialdumping (die Folgen des Franchising für die betroffenen Arbeitnehmer) und die Zahlung einer Kaufkraftprämie angeht.

Mobilitätswoche vom 16. bis 22. September: Mobilität nachhaltig gestalten und über Alternativen für die Fahrt zur Arbeit nachdenken. Das waren die zentralen Themen der diesjährigen Europäischen Mobilitätswoche, denn wir alle können uns für die Mobilität einsetzen, um ihre Effizienz, ihren Einfluss auf die Lebensqualität und die Nachhaltigkeit zu verbessern. Von öffentlicher Seite sind Radschnellwege, Fahrradkorridore und neue Parkplätze für Fahrgemeinschaften geplant.

Hilferuf der Mosaik-Beschäftigten: Der Frust bei den Mosaik-Beschäftigten in Eupen ist so groß, dass viele mit dem Gedanken spielen, die Jugendhilfeeinrichtung zu verlassen. In der Pflicht sehen sie den Träger des Mosaik-Zentrums, das ÖSHZ Eupen. Den Mosaik-Beschäftigten fehlen die adäquaten Rahmenbedingungen, um korrekt arbeiten zu können.

Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte auf Rekordniveau: Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat die zehnte Ausgabe des Globalen Rechtsindex veröffentlicht. Der Index zeigt, dass die historische Krise der Lebenshaltungskosten weltweit mit einer Unterdrückung der Arbeitnehmerrechte einhergegangen ist.

Trotz Klimakrise weniger Feuerwehrleute: In zehn EU-Mitgliedstaaten wurde die Zahl der Feuerwehrleute trotz steigender Brandgefahr reduziert. Auch Belgien gehört dazu.

Beschäftigungskonferenz: Am 21. September fand die dritte Beschäftigungskonferenz des Arbeitsministers statt, die sich mit der Rolle der Frauen auf dem Arbeitsmarkt befasste. Die CSC hat ihre Forderungen und konkreten Vorschläge eingebracht.

OKTOBER

CSC Unterrichts überreicht Ministerin Schlüsselforderungen. Im Rahmen der Woche der Lehrkräfte, die Anfang Oktober stattfand, hat die CSC Unterrichts DG-Unterrichtministerin Lydia Klinkenberg zehn Schlüsselforderungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes für Erziehung überreicht. Selbst Entscheidungen im Sinne der Schüler treffen können, ein angemessener Lohn, berufliche Perspektiven, sichere Arbeitsbedingungen oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind einige dieser Forderungen.



©Aude Vanlathem

Delhaize-Konflikt, Spiegelbild des Klassenkampfes: Die Delhaize-Beschäftigten kämpfen seit über einem halben Jahr gegen ihre Direktion. Dieser Konflikt steht sinnbildlich sowohl für die Gewalt großer Gruppen, um ihre Rentabilität zu steigern, als auch für die Entschlossenheit der Arbeitnehmer, sich zu widersetzen.

Entwurf des „Anti-Randalierer“-Gesetzes ist „Anti-Demo“-Projekt (Foto): Die Regierung verabschiedete den Entwurf eines Gesetzes, das es Richtern erlauben wird, jedem, der bei einer Kundgebung Gewalt angewendet oder Schäden verursacht hat, drei Jahre lang das Recht auf Teilnahme an einer „Protestkundgebung“ zu verweigern. Gegen diesen Gesetzentwurf sind die Menschenrechtsliga, das föderale Institut für Menschenrechte, der Hohe Justizrat, die Flämische Anwaltskammer, die Gewerkschaften, 11.11.11, Greenpeace... Auf einer Kundgebung im Oktober lehnten mehr als 10.000 Demonstranten erneut lautstark das geplante „Anti-Randalierer“-Gesetz des Justizministers ab.

Endokrine Disruptoren: Neues Gesetz soll Arbeitnehmer besser schützen. Jeden Tag ist eine große Anzahl von Arbeitnehmern endokrinen Disruptoren ausgesetzt. Ein neues Gesetz stellt sicher, dass für endokrin wirksame Stoffe die gleichen strengen Präventionsmaßnahmen gelten wie für Karzinogene.

CSC-Delegation besucht A+A Messe in Düsseldorf. 40 CSC-Delegierte und Gewerkschaftssekretäre haben Ende Oktober die A+A Messe in Düsseldorf besucht. Unter dem Motto „Impulse für eine bessere Arbeitswelt“ wurden die neuesten Technologien und Trends präsentiert, die dazu beitragen sollen, das Arbeitsumfeld sicherer, effizienter und gesünder zu gestalten.

Kundgebung in Paris: 20.000 Menschen zogen Mitte Oktober durch die Straßen von Paris, um gegen die Pläne der Europäischen Union zur Wiedereinführung der Sparpolitik

zu protestieren. Diese würde einige europäische Länder zwingen, ihre Ausgaben allein im nächsten Jahr um insgesamt 45 Milliarden Euro zu kürzen. Die CSC und andere Gewerkschaften schlossen sich selbstverständlich diesem Aktionstag an, der auch höhere Löhne, angemessene Renten und die Gleichstellung von Frauen und Männern forderte.

NOVEMBER

Streik bei der SNCB: Bei der belgischen Bahn brodet es. Jede Menge Überstunden, immer wieder Umstrukturierungen und Einsparungen, steigender Krankenstand, zunehmend Zugausfälle und die negativen Auswirkungen der Digitalisierung. Die Pläne, die Dienstaufnahme der Zugbegleiter um die Hälfte zu kürzen, war der Auslöser für den ersten 48-Stunden-Streik der Eisenbahner.

Demo gegen Gewalt an Frauen am 26. November in Brüssel: Femizide, sexuelle Gewalt, wirtschaftliche Gewalt und Auswirkungen auf die Gesundheit und das Leben von Frauen... Die von Frauen erlittene Gewalt hat viele Facetten. In diesem Jahr bekräftigen wir erneut unsere Solidarität mit dem Kampf gegen alle Formen von Gewalt an Frauen.

Saint-Gobain in Eupen droht das AUS: Die Geschäftsführung kündigte die Schließung des Standorts an der Herbesthaler Straße an. 55 Jobs stehen auf dem Spiel. Die ersten Gespräche im Rahmen der Renault-Prozedur verliefen ergebnislos.

Lebensmittelhandel: Während die Verhandlungen wegen der Frage der Kaufkraftprämie ins Stocken geraten sind und zu Streiks geführt haben, zeigt eine Studie der CSC Nahrung & Dienste, dass die finanzielle Lage des Sektors im Durchschnitt alles andere als katastrophal ist. Die Gewerkschaften riefen zu zwei Streiktagen (15. und 22. November) auf.

Polen-Sprinter: Ein einfacher B-Führerschein reicht aus, Fahrtschreiber sind nicht vorgesehen und das für LKW geltende Tempolimit von 90 km/h muss nicht eingehalten werden. Oft werden diese Lieferwagen überladen, was nicht nur eine Gefahr auf den Straßen darstellt, sondern auch zu unlauterem Wettbewerb führt gegenüber Unternehmen, die sich an die Vorschriften halten. Die CSC-Transcom fordert daher strengere Kontrollen.

DEZEMBER

Klimamarsch am 3. Dezember in Brüssel: Parallel zum Beginn der 28. Klimakonferenz in Dubai organisierte die Klimakoalition, der auch die CSC angehört, am ersten Adventssonntag einen Klimamarsch in Brüssel. Die rund 20.000 Demonstranten forderten mehr Klimagerechtigkeit, denn jedes Zehntel Grad weniger zählt!

Aktion in Malmedy: Vom 25. November bis zum 6. Dezember fand in Malmedy im Rahmen des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen die Kampagne „Ruban Blanc“ (Weißes Band) statt. Sie widmet sich der allgemeinen Stärkung der Frauenrechte, insbesondere in Bezug auf Themen wie häusliche Gewalt, Frauenarmut, Geschlechtergerechtigkeit, sexueller Missbrauch, Femizid usw.

Euro-Demo: Unter dem Motto „Gemeinsam für eine Wirtschaft im Dienst der Bürger“ haben am 12. Dezember in Brüssel mehrere Tausend Menschen aus ganz Europa gegen die neuen EU-Haushaltsregeln demonstriert, die eine Rückkehr zur Sparpolitik bedeuten würden. Mit dem neuen Sparkurs sollen 45 Milliarden Euro eingespart werden.

Verhandlungen im nichtkommerziellen Sektor: „Gehen wir leer aus?“ Alle vier Jahre verhandeln die Gewerkschaften ein Rahmenabkommen mit der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das die zukünftigen

Arbeits- und Lohnbedingungen im nichtkommerziellen Sektor festlegt. Am Verhandlungstisch sitzen die Gewerkschaften, die Arbeitgebervertreter der verschiedenen Einrichtungen und die DG-Regierung. Das bisherige Angebot der Regierung von lediglich 50.000 Euro ist eine „kalte Dusche“ für die rund 3.000 Beschäftigten der Branche.

Streikrecht vor dem Internationalen Gerichtshof: Nach jahrelangen Debatten wird das Streikrecht vor den Internationalen Gerichtshof gebracht. Das ist ein Meilenstein: Denn sollte der Gerichtshof die Position der Arbeitnehmer bestätigen, würde das Streikrecht auf internationaler Ebene anerkannt!



40 CSC-Delegierte und Gewerkschaftssekretäre haben Ende Oktober die A+A Messe in Düsseldorf besucht.



Solidarität mit Mitarbeitern von Saint-Gobain in Eupen

Es war ein starkes Zeichen gelebter Solidarität mit den Mitarbeitern von Saint-Gobain in Eupen. Delegierte, Gewerkschaftssekretäre und Unterstützer aus anderen Betrieben nahmen kurz vor Weihnachten an einer Aktion vor dem Werk in der Herbesthaller Straße teil. Gemeinsam mit den betroffenen Mitarbeitern unterzeichneten sie ein Solidaritätsbanner (Bild).

Am 30. Oktober hatte die Geschäftsleitung angekündigt, dass der Konzern den Standort Eupen schlicht und einfach schließen und die 55 Mitarbeiter entlassen wolle. Mit möglichen Übernahmekandidaten wurden keine konkreten Gespräche geführt. Ein Armutszeugnis für einen Konzern, der sich gerne als „Top-Arbeitgeber“ rühmt. Die CSC setzt jedenfalls ihre Bemühungen fort, die Jobs zu retten.

Wiederaufnahme des Bergbaus in Ostbelgien?

Die Energiewende ist eine Notwendigkeit zur Bewältigung der Klimakrise. Sie erfordert jedoch große Mengen an Metallen, von denen einige im Untergrund unserer Region noch vorhanden sind. Daher gibt es Überlegungen, den Bergbau wieder aufzunehmen. Aus diesem Grund hatte das CSC-Regionalkomitee Eupen - St.Vith das Thema Mitte Dezember aufgegriffen.

Gastreferent François Letocart hatte zuerst zum Quiz „Wer wird Millionär?“ eingeladen. Der Bezug zu der bekannten Fernsehshow wurde nicht zufällig gewählt. Es geht bei der potentiellen Wiederaufnahme des Bergbaus in unserer Gegend um ein millionenschweres wirtschaftliches Potential, u.a. im Interesse der Förderung der E-Mobilität.

Bei der ans Quiz anschließenden Präsentation von François Letocart wurde klar, wie groß im Zuge des Green Deal das wirtschaftliche Interesse an den bestehenden Vorkommen an Metallen wie Zink, Germanium oder Indium ist. In einer anschließenden Animation schlüpfen die Zuhörer in die Rolle verschiedener Interessenvertreter und loteten das Für und Wider einer Wiederaufnahme des Bergbaus aus.



9. Januar 2024: CEO „Jackpot Day“

Die CEOs der BEL-20-Unternehmen haben am 9. Januar 2024 so viel verdient wie Durchschnittsverdiener im ganzen Jahr. Oder anders ausgedrückt: Sie verdienen das 50-Fache des durchschnittlichen Jahresgehaltes der belgischen Arbeitnehmer. Beim Mindestlohn beträgt die Kluft das 120-Fache.

www.diecsc.be

